

Falkenseer Erklärung der Fraktion CDU/Bauern/LWN Havelland und der CDU-Kreistagsfraktion Ostprignitz-Ruppin

Die beiden Kreistagsfraktionen pflegen genauso wie beide CDU Kreisverbände einen engen und partnerschaftlichen Austausch. Die CDU-Fraktionen verstehen sich in den Kreistagen als selbstbewusste Akteure, die gemeinsam mit der Kreisverwaltung und den Kolleginnen und Kollegen in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden zum Wohle der dort lebenden Menschen nach Lösungen für die zu bewältigenden Herausforderungen suchen. Deshalb unterstützen sie die Kandidaturen der CDU Kandidaten Dr. Jan Pollmann in der Stadt Falkensee, Fabian Bleck in der Gemeinde Brieselang und Dr. Philipp Wacker in Wittstock, um eine enge Verzahnung zwischen den politischen Ebenen zu gewährleisten. Als maßgebliche politische Akteure auf Ebene der Landkreise arbeiten sie vertrauensvoll zusammen und haben auf ihrer gemeinsamen Sitzung am 5. Juni 2023 in Falkensee mehrere Themenfelder beraten, auf denen sie eine noch engere Kooperation anstreben, um auch aus den kommenden Kommunalwahlen im Jahr 2024 erfolgreich hervorzugehen. Mit Roger Lewandowski will die CDU weiterhin den Landrat im Havelland und die CDU Ostprignitz-Ruppin künftig auch einen CDU-Landrat bzw. eine CDU-Landrätin stellen. Denn nur mit überzeugenden Persönlichkeiten sind auch CDU-Inhalte praktisch umsetzbar.

1. Für einen bedarfsgerechten und modernen Nahverkehr per Schiene und Bus!

Als Flächenlandkreise stehen sowohl Ostprignitz-Ruppin als auch das Havelland vor der Aufgabe, allen Bürgerinnen und Bürgern durch ein attraktives Nahverkehrsangebot die Teilhabe am Arbeitsmarkt und am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Dabei fordern beide Fraktionen das Land Brandenburg auf, den schienengebundenen Nahverkehr (SPNV) auszubauen und sowohl für die berlinnahen als auch für die Regionen im ländlichen Raum z. B. durch Taktverdichtungen auf der Hamburger und Leichter Bahn das Angebot deutlich zu verbessern. Ergänzend dazu sind beide Fraktionen der Überzeugung, dass Streckenreaktivierungen einen entscheidenden Beitrag dazu leisten können, dass sich noch mehr Menschen, die bisher auf das Auto angewiesen sind, sich für die Bahn als umweltfreundliches Verkehrsmittel entscheiden. Hier ist die Bahn gefordert, durch Zuverlässigkeit, Sauberkeit und einen Ausbau der Serviceangebote die Menschen zu gewinnen.

Die Landkreise stehen trotz steigender Kosten und Personalgewinnungsproblemen vor der Aufgabe, mit einem guten Bus-Angebot den öffentlichen Nahverkehr in der Fläche zu gewährleisten und Verknüpfungen zu anderen Verkehrsträgern wie der Bahn sicherzustellen. Die CDU stellt sich gerne diesem Auftrag. Dazu bedarf es aber verlässlicher Finanzierungsbedingungen seitens des Landes. Des Weiteren braucht es verbindliche Aussagen von Bund und Land wie die Finanzierung des ÖPNV auch über den Zeitraum der erhöhten Finanzierungsbeteiligung des Bundes im Rahmen der Einführung des 49-Euro-Tickets sichergestellt werden soll. Schülerinnen und Schüler sollten, mit finanzieller Unterstützung der Landkreise, einen leichten und bezahlbaren Zugang zum Deutschland-Ticket bekommen und gleichzeitig muss der Ausbau des ÖPNV, insbesondere im ländlichen Raum, weiter vorangetrieben werden.

2. Landkreise und Kommunen brauchen bei der Unterbringung von Flüchtlingen Unterstützung!

Landkreise und kreisangehörige Städte und Gemeinden haben nach den Herausforderungen des Jahres 2015 auch in den Jahren 2022 und 2023 die enorme Aufgabe zu schultern, tausende geflüchtete Menschen unterzubringen und versorgen zu müssen. Die CDU-Fraktionen in den Kreistagen Havelland und Ostprignitz-Ruppin danken den Bürgerinnen und Bürgern, die in direkter Folge des Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine, Schutzsuchende bei sich privat aufgenommen haben. Ohne dieses private Engagement wäre eine Unterbringung der Menschen nicht möglich gewesen. Die anhaltend hohen Zugangszahlen auch im Jahr 2023 führen die Verantwortlichen in den Landkreisen jedoch an ihre Grenzen. Mit der den Kreisen auferlegten Verpflichtung zur Unterbringung und Betreuung bei gleichzeitig ansteigenden Zugangszahlen und nur unzureichenden Rückführungen von Personen, die vollziehbar ausreisepflichtig sind, ist eine Überforderung der kommunalen Ebene eingetreten, die selbst mit zusätzlichen Finanzmitteln nicht mehr zu bewältigen ist.

Zum einen haben Bund und Land aus den Ereignissen des Jahres 2015 nicht die notwendigen Schlussfolgerungen gezogen, um den Kreisen durch ein vereinfachtes Planungs- und Vergaberecht Instrumente an die Hand zu geben, um kurzfristig neue Kapazitäten zu schaffen. Zum anderen sind aufgrund des Bevölkerungsdrucks schon heute die Plätze in Schulen und Kindertagesstätten äußerst knapp und die medizinische Versorgung – gerade im ländlichen Raum – stellt sich ebenfalls als schwierig dar. Außerdem leidet auch die öffentliche Verwaltung unter dem Mangel an Fachkräften, um diese Aufgabe bewältigen zu können.

Deshalb fordern wir den Bund auf gemeinsam mit den Partnern in der Europäischen Union für eine Begrenzung und eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge zu sorgen. Nur wenn die Zahlen deutlich zurückgehen und der Rechtsrahmen für eine geordnete Rückführung von Menschen ohne Bleibeperspektive geschaffen wird, sind die Kommunen in der Lage diejenigen Menschen aufzunehmen und zu integrieren, die dauerhaft in Deutschland bleiben werden.

Das Land Brandenburg muss die Kapazitäten seiner (Erstaufnahme-)Einrichtungen deutlich ausbauen und von einer Verteilung von Personen auf die Landkreise absehen, die nicht dauerhaft im Land Brandenburg bleiben werden. Gemeinsam erwarten wir vom Bund eine Entfristung der Regelungen des § 246 BauGB, da bereits heute absehbar ist, dass die Unterkünfte auch über den 31.12.2027 hinaus gebraucht werden. Ebenfalls ist es dringend erforderlich weitere planungsrechtliche und vergaberechtliche Erleichterungen für Gemeinschaftsunterkünfte zu ermöglichen, damit die Kommunen handlungsfähig bleiben. Nicht zuletzt darf sich die Unterstützung des Landes nicht nur auf die Einrichtungen selbst beziehen, sondern muss sich auch auf die Schaffung der sozialen Infrastruktur (Kitas, Schulen, Nahverkehr, medizinische Versorgung etc.) erstrecken.

3. Die kommende Krankenhausreform: Keine Schließung von Kliniken im ländlichen Raum!

Unsere Krankenhäuser sind mehr als nur medizinische Einrichtungen – sie sind zentrale Bestandteile der Daseinsvorsorge und spielen eine Schlüsselrolle für das gesellschaftliche Leben in unseren ländlichen Gebieten. Die CDU-Fraktionen in den Landkreisen Havelland und Ostprignitz-Ruppin sind sich bewusst, dass diese Rolle gerade in der heutigen Zeit des demografischen Wandels und der urbanen Zentrierung unerlässlich ist.

Die von der Ampel-Koalition vorgeschlagene Krankenhausreform und die Arbeit der Regierungskommission sind daher von zentraler Bedeutung. Der Fokus auf die Patienten und nicht auf ökonomische Kriterien ist dabei ein Schritt in die richtige Richtung. Die von der Regierungskommission geplante Ausrichtung der Reform an Kriterien wie Erreichbarkeit und demografischer Entwicklung ist hierbei ein wichtiger Ansatzpunkt. Dennoch brauchen wir weitere spezifische Lösungen, die sicherstellen, dass unsere Krankenhäuser auch in Zeiten knapper finanzieller Ressourcen ihre essenzielle Rolle in der Daseinsvorsorge erfüllen können.

Unsere Aufgabe ist es, sicherzustellen, dass die Kliniken Nauen und Rathenow im Havelland sowie Wittstock, Kyritz und Neuruppin in Ostprignitz-Ruppin erhalten bleiben. Die Anforderungen und Bedürfnisse des ländlichen Raums dürfen nicht übersehen werden. Dies erfordert eine Strategie, die den speziellen Herausforderungen Rechnung trägt, die unsere Regionen prägen. Erste Berechnungen, die befürchten lassen, dass weit über ein Drittel der Krankenhäuser in Brandenburg und damit auch in unserer Region, unter massiven Druck bis hin zur Schließung geraten werden, können wir daher nicht hinnehmen.

Es muss gewährleistet sein, dass die Krankenhauslandschaft im Nordwesten Brandenburgs flächendeckend erhalten bleibt und nicht nur in den urbanen Zentren.

Wir als CDU-Fraktionen setzen uns daher dafür ein, dass die Bedürfnisse und Herausforderungen des ländlichen Raums in der Krankenhausreform Berücksichtigung finden. Unser Ziel ist es, eine hochwertige und flächendeckende Versorgung zu gewährleisten, die der Bevölkerung in unseren Landkreisen gerecht wird. Denn Gesundheit und Wohlergehen der Bevölkerung dürfen keine Frage der Postleitzahl sein.

Corrado Gursch

Fraktionsvorsitzender
der CDU/Bauern/LWN-Fraktion
des Landkreises Havelland

Sebastian Steineke

Fraktionsvorsitzender
der CDU-Fraktion
des Landkreises Ostprignitz-Ruppin